LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

14.03.2023
Drucksache 8/2363

öffentlich

Antrag
–

Fraktion DIE LINKE

365-Tage-Ticket für alle und 9-Euro-Ticket für Schüler im Land einführen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Einführung des Deutschlandtickets zum vorläufigen Preis von 49 Euro sozial ungerecht ist.

2. Darüber hinaus zeichnet sich ein „Ticket-Boykott“ beim 49-Euro-Ticket in einigen Regionen ab aufgrund von ungeklärten Rechts- und Finanzierungsfragen, denen die Landesregierung im Land begegnen muss und beim Bund zügig professionelleres Arbeiten und Korrekturen einfordern muss.

3. Der Landtag bekennt sich zu seinem Beschluss, modellhaft das 365-Tage-Ticket 2023 im Land einzuführen (Drs. 8/1073) und somit bezahlbaren ÖPNV für alle zu ermöglichen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, landesweit ein 9-Euro-Ticket für Schüler einzuführen nach Magdeburger Vorbild, auch, um Haushalte mit Kindern zu entlasten von weiterhin massiven Preissteigerungen in der Lebenshaltung.

5. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Entschließungsantrag zum flächendeckenden Ausbau der Infrastruktur für Busse und Bahnen (Drs. 8/1895) mit Leben zu füllen und in der anstehenden Novelle des Landesentwicklungsplans mit konkreten Zielvorgaben zu untersetzen.

(Ausgegeben am 15.03.2023)

Begründung

Seit Auslaufen des 9-Euro-Tickets weisen Sozialverbände und die einbringende Fraktion darauf hin, dass auch 49 Euro für das „Deutschland-Ticket“ für viele Menschen noch zu teuer sind, um die Verkehrs- und Klimawende sozialverträglich voranzubringen. Die von Infrastrukturministerin Dr. Lydia Hüskens ins Spiel gebrachten 29-Euro-Tickets für junge Leute bis 25 Jahre bzw. das 365-Euro-Ticket weisen da in die richtige Richtung. Aus diesem Grund gilt es, den Landtagsbeschluss (Drs. 8/1073) für Modellprojekte zum „365-Tage-Ticket“ auch tatsächlich jetzt umzusetzen.

Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes an die Länder von 1 Milliarde Euro sind auf den Weg gebracht, das eröffnet Chancen für den ÖPNV-Ausbau im Land. Finanzierungsreserven für einen sozialen und bezahlbaren ÖPNV sind im Landeshaushalt vorhanden und von der einbringenden Fraktion in den Haushaltsverhandlungen eingebracht worden. 11 Millionen Euro für das Azubi-Ticket können umgeschichtet werden, Reserven aus Bundesmitteln sind ebenso vorhanden. Zudem fehlt es seit Jahren am Einsatz auch von Landesmitteln, die zusätzlich zu den Bundesmitteln in den ÖPNV fließen müssen. Es ist eine Realität, dass es im ländlichen Raum noch schlechter um die Anbindungen im ÖPNV stünde, müssten nicht die Schüler zur Ausbildung gebracht werden.

Um das 49-Euro-Ticket auch flächendeckend nutzbar zu machen, muss die Landesregierung bei der Ampel-Koalition in Berlin darauf drängen, die handwerklichen Fehler zu bereinigen, damit es keine „Ticket-Boykotte“ in einzelnen Regionen gibt.

Bedingung für die Nutzbarkeit des ÖPNV sind neben dem Fahrpreis vor allem der Ausbau und die Qualität des ÖPNV, insofern ist der Entschließungsantrag der Koalition zu Bussen und Bahnen (Drs. 8/1895) zu unterstützen.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hat zum August 2023 ein 9-Euro-Ticket für alle Schüler der Stadt beschlossen, die bisher noch nicht zeitweise kostenfrei fahren konnten. Für etwa 22.000 Schüler der Stadt bedeutet das gleichzeitig eine Nutzungsausweitung auch an Wochenenden, Ferientagen und Abendstunden. Die CDU hat sich enthalten im Magdeburger Stadtrat, weil sie den Kommunalhaushalt dafür überbeansprucht sieht und Landes- und Bundesmittel dafür als nötig erachtet, was die einbringende Fraktion teilt. Diesen Vorstoß der Stadt Magdeburg gilt es, zu unterstützen und auszuweiten auf das gesamte Land. Dafür soll die Landesregierung entsprechend das ÖPNV-Gesetz und das FAG anpassen.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz